

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Postfach 100, Dresden
Telefon 1111

Druckerei: Carl Neubauer
Postfach 100, Dresden
Telefon 1111

Druckerei: Carl Neubauer
Postfach 100, Dresden
Telefon 1111

Kein Kompromiß in der Abrüstungsfrage

Die deutsche Haltung in Genf bleibt fest

Berlin, 22. Sept. Von amtlicher Seite wird zu den Meldungen über eine beabsichtigte Antwort an Henderson erklärt, daß die Reichsregierung das Schreiben des Präsidenten der Abrüstungskonferenz nicht schriftlich beantworten wird. Selbstverständlich wird Reichsaussenminister Herrmann v. Neurath nach seinem Eintreffen in Genf den Präsidenten Henderson aufsuchen und ihm noch einmal mündlich im einzelnen die Gründe darlegen, die Deutschland veranlassen haben, sich an den weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz nicht zu beteiligen.

In diesem Zusammenhang müßten die Gerüchte und Erörterungen zurückgewiesen werden, die von einer Kompromißnahme in der Abrüstungsfrage sprechen und andeuten, daß im Verlaufe von persönlichen Unterredungen zwischen den deutschen Delegierten bei der Ratifizierung und der Völkerbundversammlung von den Staatsmännern der anderen Länder Verträge einer halbamtlichen Einigung gemacht werden würden. Deutschland hat sich mit keinem Schritt in der Frage der Gleichberechtigung keineswegs in einen politischen Schmalzweifel zurückziehen wollen, weil es sich irgendwie leicht hätte, sondern hat sich aus schwerwiegenden tatsächlichen Gründen von den weiteren Verhandlungen der Abrüstungsfrage zurückgezogen.

Man hat in deutschen Regierungskreisen durchaus nicht die Absicht, die weitere Entwicklung zu übersehen, sondern ist gewillt, in Ruhe abzuwarten, wie die Gegenseite sich verhalten wird, um danach die deutsche Haltung einzurichten.

Wenn jetzt in der französischen Presse immer wieder von angeblichen Geheimdokumenten die Rede ist, so kann auch demgegenüber immer nur wieder betont werden, daß die Veröffentlichung solcher Geheimdokumente nicht zu wünschen ist, ganz abgesehen davon, daß es sich bisher immer nur um unklare Andeutungen gehandelt hat.

Herrriots' Kurzbesuch in Genf

Paris, 22. Sept. Die in Genf weilenden Korrespondenten der französischen Nachrichtenblätter suchen die kurze Anwesenheit des französischen Ministerpräsidenten in Genf zu

erläutern. So schreibt der Sonderberichterstatter des „Pelle Parisien“ in Genf: Man habe sich gefragt, ob nicht irgend jemand die Hendersonsche Argumentation sich zu eigen machen und in der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz vorschlagen werde, sofortige Verhandlungen mit den Vertretern Deutschlands anzunehmen und bis zu ihrem Abschluß einer Vertagung der Arbeiten des Büros der Abrüstungskonferenz zuzustimmen. Diese Möglichkeit, die man gestern in verschiedenen Kreisen noch ins Auge gefaßt habe, — und eine solche Möglichkeit habe auch tatsächlich bestanden, da ja Ministerpräsident Herrriots nicht abgereist, nach Genf zu reisen, um nötigenfalls an einer Debatte darüber teilzunehmen und seine Verantwortung als Regierungschef einzulegen, — sei aber nicht eingetreten.

Niemand habe sich getraut, um die These Hendersons zu übernehmen und Vertagung zu beantragen, bis Deutschland wieder am Verhandlungstisch Platz genommen haben.

niemand, nicht einmal der Vertreter Russlands oder der Vertreter Italiens.

Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ berichtet seinem Blatt aus Genf, französischerseits habe man einige Gründe gehabt, eine unangenehme Überraschung in der Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz zu befürchten. Beispielsweise hätten gewisse Kreise angeklagt, daß die russische oder sogar die italienische Delegation Initiativen ergreifen würden, die geeignet wären, die wie der Außenpolitiker sich ausdrückt, „deutsche Exzellenz“ vom 20. August zu untergraben. Ministerpräsident Herrriots wolle daher in Genf anwesend sein, für den Fall, daß unmittelbare Entschlüsse seitens der französischen Delegation getroffen werden müßten. Da sich aber alles ruhig abspielte, sei Ministerpräsident Herrriots der Ansicht gewesen, daß seine weitere Anwesenheit in Genf gegenstandslos wäre.

Die Mitglieder der deutschen Abordnung für die Völkerbundtagung sind heute vormittag in Genf eingetroffen. Reichsaussenminister v. Neurath kommt am Spätnachmittag in Genf an.

Die Hausbesitzer zum Wapenprogramm

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Sept. Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine gab der Presse Aufschluß darüber, welche Auffassung der organisierte Haus- und Grundbesitz sowie das Handwerk von dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hinsichtlich seiner Zweckmäßigkeit und seiner Erfolgsansichten haben. Der Präsident des Zentralverbandes, Stadtrat Joseph Dumar, München, wies in seinem Referat „Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft durch Hausbesitz und Handwerk“ auf die außerordentliche psychologische Bedeutung der Maßnahmen der Regierung hin, die das Volk anerkennen müßten, wieder damit anzufangen, Arbeiten zu vergeben.

Die 30 Millionen, die das Reich für die Wiederherstellung des Althausbesitzes bereitgestellt habe, bedeuteten eine unmittelbare Arbeitsbeschaffung im Werte von 250 Millionen.

weil ja nach den Richtlinien 20 Prozent der Instandsetzungsarbeiten vom Reich ersetzt würden. Darüber hinaus würde diese Anfordernung der Bauwirtschaft aber eine Arbeitsbeschaffung im Werte von rund 600 Millionen RM. ausmachen, weil die zu vergebenden Arbeiten auch den mit der Bauwirtschaft in weiterem Zusammenhange stehenden Industrien und Gewerben zugute kommen. Der deutsche Hausbesitz sei fest entschlossen, am Wiederaufbau der Wirtschaft mitzuarbeiten. — Der Redner erläuterte dann ausführlich die von der Regierung erlassenen Durchführungsbestimmungen sowie die Richtlinien über die organisatorische Durchführung des Wapenprogramms, wobei er betonte, daß für möglichst schnelle und reibungslose Prüfung der Zuschaustränge Sorge getragen worden sei, daß die Art der am Althausbesitz ausgeführten Arbeiten völlig gleichgültig wäre.

daß aber für Instandsetzungen, die in Schwarzarbeit ausgeführt würden, auf keinen Fall Zuschüsse gewährt würden.

Er verwies dann auf den vom Zentralverband gemeinsam mit dem Reichsverband des deutschen Handwerks erlassenen Aufruf „Hausbesitzer geht Arbeit“, der die von der Regierung getroffenen Maßnahmen als einen ersten Schritt für die deutsche Wirtschaft bezeichnete und von der Pflicht des erwerbstätigen Bürgertums spricht, den Kampf gegen die ungeheure Arbeitslosigkeit durch sofortige Vergabe von Arbeiten angefaßt aufzunehmen.

Teillstreiks gegen die neue Tarifgestaltung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Sept. Bekanntlich sieht die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten eine einjährige Tarifgestaltung für die 31. bis 40. Arbeitsstunde in der Woche vor. Ziel dieser Maßnahme ist die Unternehmung anzuregen, eine Mehrstellenstellung von Arbeitskräften vorzunehmen. Es handelt sich also um die gerade von Gewerkschaften immer wieder geforderte Arbeitsrechnung, die allerdings nicht so durchgeführt worden ist, wie es von gewerkschaftlicher Seite verlangt wurde, denn die Gewerkschaften fordern zwar die obligatorische Einführung der 40-Stunden-Woche, wollten aber damit keine Lohnsenkungen verknüpft sehen. Die Opposition der Gewerkschaften hat nun dazu geführt, daß an verschiedenen Orten, wo die Arbeitgeber entsprechend den Bestimmungen der Notverordnung vorgingen und unter gleichzeitiger Vermehrung der Belegschaft für die 31. bis 40. Stunde Kürzungen der Tariflöhne vornahmen, Streikbewegungen ausgedehnt sind. Eine Anzahl Berliner Metallfirmen wird jetzt entweder direkt bestrift oder die Belegschaft läßt passive Meistern.

In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, daß am 24. September in Essen die Schlichtungsverhandlungen über die Lohn- und Arbeitszeitregelung im Ruhrbergbau stattfinden, deren Ausgang in jeder Beziehung bedeutungsvoll ist, da es sich um die Eintommens- und Arbeitsregelung für fast 200 000 Bergarbeiter handelt. Der Zechenverband fordert eine Herabsetzung der Gesamtlohnsumme um 3% mit der Maßgabe, daß von der Kürzung nur ein Drittel der Belegschaften betroffen werden soll. Inzwischen hat der Reichsarbeitsminister bereits die Gelegenheit seiner Anwesenheit auf dem Kongress der Christlichen Gewerkschaften wahrgenommen, um im Ruhrgebiete Verhandlungen mit den Tarifparteien zu führen. Der Reichsarbeitsminister will eine freiwillige Vereinbarung anbahnen, damit das Eintreten des Schlichters vermieden werden kann.

Bauvorhaben im Arbeitsbeschaffungsprogramm

Berlin, 22. Sept. Die Liste der Bauvorhaben, die nach dem Arbeitsbeschaffungsprogramm für 1932 durchgeführt werden sollen, liegt nunmehr vor. Die Bauvorhaben erstrecken sich auf die Wasserbaudirektionen Dresden, Hannover, Münster und Stuttgart, ferner auf die Elbstrombauverwaltung, die Neckarbaudirektion, die Wasserbaudirektion München, die Baubehörde Ulm, die Rheinstrombauverwaltung, die Oderstrombauverwaltung Breslau, die Verwaltung der märkischen Wasserstraßen, die Rhein-Main-Donau-K.G. und auf Bauvorhaben in Anhalt, Hessen, Bayern, Mecklenburg-Strelitz, Niedersachsen, Oldenburg, Schleswig und Braunschweig. Die Gesamtkosten im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms belaufen sich auf 31 940 000 Reichsmark.

Kurswechsel der Pariser Fernost-Politik

Um Amerika zu gewinnen

London, 22. Sept. Die Genfer Berichterstatter des „Daily Herald“ und der „News Chronicle“ erfahren übereinstimmend, daß die französische Regierung einen Kurswechsel in ihrer fernöstlichen Politik gegenüber Japan und China beschließen habe. Frankreich beabsichtigt, seine bisher mehr oder weniger verhäulten Unterhändler des japanischen Vorgehens in China und der Handelskrieg aufzugeben und sich in Zukunft peinlich auf das Völkerbundsstatut zu stützen.

Der Grund für diesen Umschwung sei jedoch nicht etwa eine besondere Freundschaft Frankreichs, sondern Deutschlands Gleichberechtigungsforderung.

Um seine Stellungnahme, daß Deutschlands Forderung eine Abwägung von Vertragsverpflichtungen bedeute, zu klären, sei sich Frankreich nunmehr angewonnen, die Heiligkeit solcher Verpflichtungen im Fernen Osten — vorübergehend — anzuerkennen. Die französische Regierung sei überzeugt, daß die alleinige Antwort auf Deutschlands Forderung nur durch den Völkerbund und durch Frankreichs eigenes Verhalten auf fremder Anwendung des Völkerbundsstatuts erfolgen könne.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die „Times“ bereits am Mittwoch aus Washington gemeldet hatte, Sen. Tor Reed habe Herrriots

die amerikanische Unterstützung der französischen Standpunkte in der Gleichberechtigungsforderung zugesagt, falls Frankreich Amerika in der handelsrechtlichen Frage unterstütze.

In einem Leitartikel über die Rüstungsgleichberechtigung erklärt die „Times“, daß nunmehr eine gemeinsame Erklärung der Mächte — besonders der ehemaligen alliierten und assoziierten Staaten — notwendig sei, in der sie verkünden sollen, daß die Abrüstungsvereinbarung rechtlich und tatsächlich den Teil 5 des Versailler Vertrages hinsichtlich der Rüstungen ungültig machen soll. Es sei ferner wünschenswert, daß die anderen Mächte sobald wie möglich eine klare Erklärung von ihrer Absicht abgeben, ihre moralischen Verpflichtungen Deutschland gegenüber einzulösen.

Handelsvertrags-Gesichte an Washington

Paris, 22. Sept. Von amerikanischer Seite erzählt man Einzelheiten aus dem französischen Vorschlag für einen neuen französisch-amerikanischen Handelsvertrag, mit dem der amerikanische Vizekonsul Edgemoor nach Amerika abgereist ist. Der Vertrag wird als ein großer Erfolg für die amerikanische Handelspolitik bezeichnet. Aus dem Inhalt, der in seinen wichtigsten Teilen bekannt-

gegeben wird, geht in der Tat hervor, daß die Franzosen vermutlich aus politischen Gründen weitgehende Zugeständnisse gemacht haben.

Der Bericht liegt nahe, daß die amerikanischen Ausdehnungen in der Handelsfrage mit diesen Zugeständnissen im Zusammenhang stehen.

Das Hauptziel der amerikanischen Unterhändler, nämlich ein gleichwertiger Erfolg für die Reichsbegünstigung, ist in dem französischen Entwurf zugetrieben worden. Es handelt sich nicht um eine Weltbegünstigung de jure, sondern lediglich de facto. Die Franzosen bewilligen dem amerikanischen Handel Vorzugsabfälle, die etwa 1000 amerikanischen Ausfuhrwaren, darunter den wichtigsten, zugutekommen. Die amerikanischen Zugeständnisse liegen hauptsächlich auf verwaltungsmäßigem Gebiet, so zum Beispiel der Behandlung der Zulassung französischer Waren, Maßnahmen zum Schutze der französischen Mode gegen Nachahmung, Bevorzugung der französischen chemischen Erzeugnisse usw.

Handelspolitischer Druck auf Deutschland

Paris, 22. Sept. Der innerpolitische Berichterstatter des „Excelsior“ macht im Zusammenhang mit den deutschen Gleichberechtigungsforderungen und dem neuen geschlossenen Reichskuratorium für Jugendberufshilfe einen Hinweis auf den Versuch, indem er darauf hinweist, daß die französische Regierung den am 27. September zum Ablauf kommenden deutsch-französischen Handelsvertrag wahrscheinlich nicht verlängern werde. Man habe französischerseits bisher Rückschwärzungen angestrebt, wie Deutschland auf diesem Vertrag einen großen jährlichen Ausfuhrüberschuß habe, während Frankreich einen gleich hohen Schichttrag zu verzeichnen hätte. Die französische Regierung werde sich aber kaum noch einmal dazu hergeben, eine derart grobe Benachteiligung der französischen Industrie anzunehmen, wenn sie sehe, daß die finanzielle und wirtschaftliche Krise, die Deutschland dadurch zu teil werde, nur zu Rüstungszwecken verwendet werde. (!)

Württemberg's Staatspräsident in Berlin

Berlin, 22. Sept. Der württembergische Staatspräsident Dr. Holz ist am Donnerstagmorgen in Berlin eingetroffen und wird, ähnlich wie Anfang der Woche der bayerische Ministerpräsident Geib, direkte Verhandlungen mit dem Reichskanzler von Papen führen. Es handelt sich um dasselbe Thema, das bereits Anfang der Woche angekündigt worden ist. Das Bestreben der Reichsregierung geht dahin, sich mit den süddeutschen Ländern über bestimmte politische Fragen persönlich zu verständigen.